

Rechtsfragen bei Pferdepensionsverträgen – 1. Teil: Begründung und Beendigung

Von Dr. Caspar David Hermanns und Dr. Tomke Frauke Weers-Hermanns, Osnabrück*

Das Einstellen oder – je nach Terminologie – auch „Einstellen“ von Pferden stellt für Reitvereine/Reit- und Fahrvereine vielfach einen wesentlichen Teil der vom Verein erbrachten Leistungen dar. Auch für Landwirte ist das in Pension nehmen von Pferden oft mehr als ein Zubrot. Doch bekanntermaßen sind – bei typisierender Betrachtungsweise – Eigentümer/Halter von Pferden vielfach nicht einfache Vertragspartner (oder auch Mandanten), weshalb es immer wieder Auseinandersetzungen mit ihnen gibt. Dies bekommen vielfach die Verkäufer von Reitpferden zu spüren, aber auch Tierärzte und Anbieter von Pferdepensionen sind hiervon betroffen. Da bei letzteren die streitigen Beträge jedoch zumeist für den einzelnen Pferdebesitzer überschaubar sind, ist die jedenfalls veröffentlichte Rechtsprechung zu Pensionsverträgen tendenziell als übersichtlich zu bezeichnen. Der folgende Beitrag geht verschiedenen rechtlichen Aspekten der Pferdepensionsverträge nach.

I. Leistungspflichten und Einordnung des Pferdepensionsvertrags

Zunächst gilt es, die Rechtsnatur des Pferdepensionsvertrages zu klären. Dies ist angesichts dessen, dass er gewöhnlich mehrere Vertragspflichten beinhaltet, juristisch nicht ganz leicht, selbst wenn die Vertragspflichten jedem mit der Pferdehaltung befassten klar sind. Meistens haben die Parteien aber dennoch keine ausdrückliche Vereinbarung diesbezüglich getroffen, so dass die für die Streitentscheidung maßgeblichen Rechtsnormen den gesetzlichen Regelungen desjenigen Vertragstyps zu entnehmen sind, aus denen der Pferdepensionsvertrag den größten Schwerpunkt aufweist. Dennoch ist in Rechtsprechung und Literatur umstritten aus welchen vertraglichen und gesetzlichen Regelungen sich Rechte und Pflichten der Parteien ergeben.

1. Tatsächliche Leistungspflichten bei einem Pferdepensionsvertrag

Dabei ist die Vertragspflicht des Einstellers recht übersichtlich: Er muss zahlen – und zwar zumeist für die Leistung des Vereins oder des Landwirts, dass das Pferd in einer für die Pferdehaltung geeigneten und artgerechten Box steht, diese Box gereinigt sowie das Pferd gefüttert und im Rahmen des Üblichen beaufsichtigt wird. Die Leistungspflichten betreffen also einerseits regelmäßige Geldzahlungen und andererseits die Zurverfügungstellung von Fläche samt deren Pflege, die Fütterung des Pferdes und die Beaufsichtigung desselben.

2. Rechtliche Einordnung des Pferdepensionsvertrag

Rechtlich gesehen bedeutet dies aber, dass verschiedene tatsächliche Leistungen, die jeweils einen anderen rechtlichen Gehalt haben, bei der rechtlichen Einordnung des Pensionsvertrages

* Der Verf. Hermanns ist Rechtsanwalt und Partner in der Sozietät Dr. Hermanns & Partner, Osnabrück, die Verf. Dr. Weers-Hermanns ist Rechtsanwältin in Osnabrück.

miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Grundsätzlich ist der Pferdepflegsvertrag daher ein gemischter Vertrag, da er mehrere gesetzliche Vertragstypen miteinander vereint. Der Pflegsvertrag enthält mietrechtliche Elemente bezüglich der Bereitstellung des Einstellplatzes, der Reitanlage und des Weidegeländes, sowie verwahrungsrechtliche Elemente wie die Sorge um das Pferd, die Fütterung, das Ausmisten der Box, die Bereitstellung der Einstreu und des Futters.

Nach der inzwischen überwiegenden Rechtsprechung liegt der Schwerpunkt der Leistungserbringung bei einem Pferdepflegsvertrag jedoch nicht in der Zurverfügungstellung einer ca. 3 x 3 m² großen Einstellbox. Vielmehr liegt er in der Sorge um das Pferd, welches dreimal am Tag gefüttert wird und bei dem einmal am Tag die Box auszumisten ist, sowie in der Bereitstellung der Einstreu und des Futters. Hierin wird von der zu dieser Thematik veröffentlichten Rechtsprechung überwiegend ein Verwahrungsvertrag nach § 688 ff. BGB gesehen¹. Denn ein Vertrag, mit dem ein fremdes Pferd gegen Entgelt aufgenommen wird und in dem sich der Aufnehmende verpflichtet, das Pferd in einer bestimmten Box unterzustellen, es zu füttern und zu pflegen, enthält zwar mietvertragliche Elemente, stellt jedoch trotzdem keinen Mietvertrag, sondern einen entgeltlichen Verwahrungsvertrag dar², weil eben nicht die mietvertraglichen Elemente des Zurverfügungstellens einer Fläche im Vordergrund stehen, sondern die Versorgung des Pferdes in den Zeiten, in denen der Eigentümer sich nicht um das Pferd selbst kümmern kann Hauptzweck des Vertrages ist. Der Einordnung eines Pferdepflegsvertrages als Verwahrungsvertrag steht dabei nicht entgegen, dass Tiere nach § 90 a BGB keine Sachen sind, denn gemäß § 90 a Abs. 3 BGB werden sie als Sachen behandelt.

Von diesem Grundsatz der vertraglichen Einordnung auszunehmen sind allerdings die sogenannten Offen- und Robusthaltung und der Mietstall, wo nicht die Pflege um das Pferd, sondern allein das Zurverfügungstellen des Weidelandes und eines Unterstandes, der den Tieren als Flucht- und Schlafmöglichkeit dient, Leistungsverpflichtung des Vertragsgegners des Pferdehalters ist. Dann handelt es sich nicht um einen Pferdepflegsvertrag und damit Verwahrungsvertrag, sondern um einen Mietvertrag³.

Das Amtsgericht Osnabrück behandelte Pferdepflegsverträge jüngst als Typenkombinationsverträge. Zur Begründung führt es aus, dass bei typengemischten Verträgen auf den mutmaßlichen Parteiwillen abzustellen sei. Keine der Parteien habe ein Interesse daran, dass der Vertrag wie bei einem Verwahrungsvertrag jederzeit fristlos kündbar sei⁴.

¹ OLG Oldenburg, Beschl. v. 05.08.1949 – W Lw. 201/48 – NdsRpfl. 1949, 179; OLG Schleswig, Urt. v. 08.07.1954 – 4 U 299/53 – MDR 1954, 738; LG Bielefeld, Urt. v. 03.01.1968 – 2 S 296/67 – MDR 1968, 668; OLG Schleswig, Urt. v. 23.03.2000 – 5 U 73/97 – SchlHA 2000, 196; AG Düsseldorf, Urt. v. 19.02.2004 – 27 C 9755/03 –; LG Ulm, Beschl. v. 19.04.2004 – 1 S 184/03 – NJW-RR 2004, 856; im Ergebnis auch OLG München, Urt. v. 18.02.1999 – 24 U 567/98 – RdL 2000, 27; OLG Brandenburg, Urt. v. 28.06.2006 – 13 U 138/05 –.

² AG Düsseldorf, Urt. v. 19.02.2004 – 27 C 9755/03 –.

³ BGH, Urt. v. 20.06.1990 – VIII ZR 182/89 – NJW-RR 1990, 1422; OLG Oldenburg, Urt. v. 05.08.1949 – W Lw. 201/48 –; AG Essen, Urt. v. 31.08.2007 – 20 C 229/06 – NZM 2008, 264.

⁴ AG Osnabrück, Urt. v. 17.06.2009 – 83 C 254/08 – RdL 2009, ###.

Richtig an dieser Auffassung ist zwar, dass es im Regelfall dem mutmaßlichen Willen der Parteien entspricht, eine Kündigungsfrist zu haben. Dies ergibt sich vielfach auch aus dem Umstand, dass die Parteien von Pferdepensionsverträgen nicht selten – wenn auch, wie unten näher dargestellt, unwirksame – Kündigungsfristen vereinbaren. Gegen eine solche Argumentation spricht aber, dass diese „von hinten gedacht“, mithin ergebnisorientiert ist. Denn nur weil die Vertragsparteien lange Kündigungsfristen wünschen, haben sie dadurch nicht die Rechtsmacht, das Gesetz zu ändern. Denn der Umstand, dass die Vertragsparteien ein bestimmtes rechtliches Ergebnis wünschen, kommt immer wieder vor – hingewiesen sei nur auf die Schwarzgeldabreden bei Grundstücksgeschäften –, führt aber gerade nicht dazu, dass sie sich hierdurch bestimmten rechtlichen Folgen entziehen können. Das Amtsgericht Osnabrück zieht solche Erwägungen aber nicht in Betracht, man muss daher davon ausgehen, dass es gar nicht erkannt hat, dass die obergerichtliche Rechtsprechung von einem Verwahrvertrag ausgeht, zumal es ansonsten auch die Berufung hätte zulassen müssen, um nicht willkürlich zu handeln.

Wenn man sich aber von (mutmaßlichen) Parteiwünschen und Praktikabilitätserwägungen leiten lassen möchte, muss man auch berücksichtigen, dass eine Einordnung des Pferdepensionsvertrages als typischgemischten Vertrag mehr Fragen aufwirft, als hierdurch beantwortet werden. Typengemischte Verträge haben nämlich die große Schwäche, dass für die unterschiedlichen Leistungselemente jeweils ein unterschiedlicher rechtlicher Rahmen gilt⁵. Diese unterschiedlichen rechtlichen Rahmen kommen besonders bei der Kündigung eines typengemischten Vertrages zum Tragen.

II. Beendigung des Pferdepensionsvertrags

Die Beendigung des Pferdepensionsvertrages setzt, da es sich um ein Dauerschuldverhältnis handelt, eine Kündigung voraus.

1. Formerfordernisse der Kündigung

Folgt man der zutreffenden Ansicht, dass es sich beim Pferdepensionsvertrag um einen Verwahrvertrag handelt, folgt hieraus, dass keine Kündigungsfrist gilt. Das Gesetz sieht für den Verwahrvertrag nämlich keine Kündigungsfrist vor. Anders verhält es sich, wenn man den Pferdepensionsvertrag als Mietvertrag oder Dienstvertrag ansieht.

2. Kündigungsfristen

Wie bereits ausgeführt, kommt den Kündigungsfristen eines Pferdepensionsvertrages jeweils besondere Bedeutung zu und gerade bei der Abwicklung eines Pferdepensionsvertrages erge-

⁵ Hierzu ausführlich Emmrich, in: Münchener Kommentar, BGB, 5. Auflage, München 2009, § 311, Rn. 42, 45.

ben sich für die Vertragsparteien je nach rechtlicher Einordnung die nachhaltigsten Konsequenzen.

a. Gesetzliche Kündigungsfristen

Ordnet man den Pferdepensionsvertrag als einen Verwahrvertrag ein, kommt man für die Kündigungsfristen zu dem Ergebnis, dass ein solcher Verwahrungsvertrag – sind keine anderweitigen Vereinbarungen wirksam getroffen worden – ohne weitere Frist kündbar ist, denn gemäß § 695 BGB kann der Hinterleger die Sache jederzeit zurückfordern, womit gemäß § 699 Abs. 2 BGB auch die Vergütungspflicht entfällt. Die gesetzliche Regelung sieht nämlich keine Kündigungsfrist vor. Somit ist der Einstellvertrag jederzeit kündbar und endet mit der vollständigen Räumung der Einstellbox⁶. Andererseits kann gemäß § 696 BGB der Verwahrer jederzeit die Rücknahme der hinterlegten Sache, also des Pferdes, verlangen.

Kommt man dagegen zu dem Ergebnis, dass ein Pferdepensionsvertrag ein Mietvertrag ist, beträgt die Kündigungsfrist aufgrund der in § 580a BGB festgeschriebenen bei einer Bemessung der Miete nach Monaten gemäß § 580a Abs. 1 Nr. 3 BGB auf knapp drei Monate. Kommt man schließlich zu dem Ergebnis, dass ein typengemischter Vertrag vorliegt, gelten für die einzelnen Vertragsbestandteile unterschiedliche Kündigungsfristen, nämlich für die dienstvertraglichen Elemente die Kündigung nach § 621 ff BGB und für die mietvertraglichen Elemente die genannte knapp dreimonatige Kündigungsfrist.

Letzteres bedeutet praktisch, dass der Stallbesitzer/Vermieter nach einer Kündigung des typengemischten Vertrages zwar nicht mehr das Pferd hegen, insbesondere füttern, aber die gemieteten Stallfläche gleichwohl zur Verfügung stellen muss, wobei dem Einsteller Zugang jederzeit zum Stall gewährt werden muss, damit dieser selbst die Obhut über das Pferd ausüben kann. Um dieses absurde Ergebnis zu umgehen nimmt das Amtsgericht Osnabrück unter Berufung auf eine Kommentarfundstelle deshalb an, dass die vereinbarte Kündigungsfrist dem mutmaßlichen Parteiwillen zu entnehmen sei, weshalb von einer zweimonatigen Kündigungsfrist auszugehen sei⁷.

Zu beachten ist im Übrigen, dass zwischen dem Verwahranteil und dem Mietanteil des typengemischten Vertrags – selbst wenn man in einem Pferdepensionsvertrag einen Kombinationsvertrag sehen wollte – abgegrenzt werden müsste und insbesondere auch ersparte Aufwendungen – also insbesondere nicht aufgewendetes Futter und entfallene Arbeitskraft für Fütterung und Ausmisten – bei Kündigung eines Vertrages immer anzurechnen sind⁸, es sei denn es ist etwas anderes individualvertraglich vereinbart. Ein in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

⁶ LG Ulm, Beschl. v. 19.04.2004 – 1 S 184/03 – NJW-RR 2004, 856; AG Düsseldorf, Urt. v. 19.02.2004 – 27 C 9755/03 –.

⁷ AG Osnabrück, Urt. v. 17.06.2009 – 83 C 254/08 – RdL 2009, ###, wohl unter Berufung auf Grüneberg, in: Palandt, BGB, 68. Aufl., München 2009, vor § 311, Rn. 25.

⁸ BGH, Urt. v. 04.04.1984 – VIII ZR 313/82 – WM 1984, 933.

Rechtsfragen bei Begründung und Beendigung von Pferdepensionsverträgen – Seite 5 von 6
aufgenommener Ausschluss des Abzugs ersparter Aufwendungen kommt nicht in Betracht, da ein solcher gegen § 308 Nr. 7 BGB verstößt.

b. Individualvertraglich vereinbarte Kündigungsfristen

Die Parteien eines Pferdepensionsvertrags können natürlich auch individualvertraglich Kündigungsfristen vereinbaren. Individualvertraglich heißt dabei, dass die Vertragsbedingungen zwischen den Parteien im Einzelnen ausgehandelt sein müssen.

c. Kündigungsfristen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

So ist die in vielen Pferdepensionsvertragsformularen festgelegte Kündigungsfrist von drei Monaten jeweils zum Quartalschluss unwirksam. In einer solch langen Kündigungsfrist liegt ein Verstoß gegen die Regelungen des § 309 Nr. 9 c) BGB beziehungsweise § 307 BGB. Die so angestrebte Vereinbarung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Quartalsende ist damit nämlich länger als die von § 309 Nr. 9 c) BGB vorgesehene Höchstfrist von drei Monaten, denn hieraus ergibt sich effektiv eine Frist, die zwischen sechs und drei Monaten – abhängig davon, wann im Quartal die Kündigung erfolgt – liegt⁹. Diese Regelung trifft auch auf unbefristete Verträge zu, zumal Partner dieser Verträge einen entsprechenden Schutz vor überlangen Kündigungsfristen benötigen¹⁰.

Wäre jedoch § 309 Nr. 9 c) BGB nur auf befristete Verträge anwendbar, käme § 307 BGB zur Anwendung. In einer derart langen Kündigungsfrist liegt eine unangemessene Benachteiligung des Einstellers. Es wird ihm faktisch unmöglich gemacht, sein Pferd in einem anderen Stall einzustellen, zumal ihm von dort regelmäßig nicht zugesagt werden wird, ob in dem neuen Stall in drei bis sechs Monaten noch eine Box frei sein wird.

3. Zurückbehaltungsrecht des Verwahrers

Da ein Pferd zu halten und den Unterhalt eines Pferdes sich leisten zu können nicht selten zwei verschiedene Paar Schuhe sind, werden immer wieder Fragen danach laut, welche Rechte der Verwahrer beim Zahlungsrückstand des Einstellers hat. Hier befürwortet eine Meinung in Rechtsprechung¹¹, dass beim Zahlungsrückstand der Reitstallbesitzer ein gesetzliches Pfandrecht an den eingebrachten Sachen hat, das heißt an dem eingestellten Pferd, aber auch an Sattel und Zaumzeug. Das Pfandrecht an den Pferden, zum Beispiel wegen rückständiger Pensionskosten, ist jedoch nicht unumstritten, ein Zurückbehaltungsrecht nach §§ 273, 274 BGB wird dagegen allgemein bejaht.

⁹ AG Hamburg, Urt. v. 26.05.1998 – 23a C 116/98 – NJW-RR 1998, 1593; Grüneber, in: Palandt, BGB, 68. Aufl., München 2009, § 309 Rn. 86.

¹⁰ Coester-Waltjen, in: Staudinger, BGB, 13. Aufl. 2006, § 309 Nr. 9, Rn. 21.

¹¹ LG Detmold, Urt. v. 28.03.2007 – 10 S 183/06 – Rdl 2007, 162; AG Essen, Urt. v. 31.08.2007 – 20 C 229/06 – NZM 2008, 264;

Teile der Rechtsprechung gehen bei einem Pferdepensionsvertrag davon aus, dass es bei einem Verwahrungsvertrag gegen Entgelt bei dem im Vordergrund die Gewährung des Raumes (beispielsweise der Pferdebox) sowie die Übernahme der Obhut für das Pferd liegt, ein gesetzliches Pfandrecht dem Verwahrer nicht zustehe. Denn das Füttern und die Pflege des überlassenen Tieres seien Teile des Verwahrungsvertrages. Bezahle der Pferdeeinsteller also seine vertraglich vereinbarte Vergütung nicht und wolle er sein Pferd aus dieser Pferdepension herausnehmen, so müsse der Pferdepensionsinhaber diese Wegnahme dulden. Er sei nicht berechtigt, das Pferd nur gegen Bezahlung der Vergütung herauszugeben¹². Anders sei dies dann, wenn es sich bei den eingestellten Pferden um Nutztiere handele¹³.

Andere Gerichte bejahen ein Pfandrecht¹⁴, da sie in dem Pferdepensionsvertrag einen Mietvertrag sehen. Zahlt ein Pferdehalter nicht seine Pensionskosten für die Unterbringung seines Pferdes, dann kann der Pferdepensionsinhaber die Herausgabe des Pferdes verweigern und zugleich von seinem Vermieterpfandrecht nach § 562 BGB Gebrauch machen. Die Vorschriften über das gesetzliche Pfandrecht sind nämlich auf den Pferdeeinstellungsvertrag wegen seiner mietvertraglichen Elemente anwendbar. Er ist also kein reiner Verwahrungsvertrag ohne ein solch gesetzliches Pfandrecht. Macht der Pferdepensionsinhaber von seinem Pfandrecht Gebrauch, kann er im Wege der öffentlichen Versteigerung die Pferde veräußern.

Auch hier gilt wieder: Folgt man der richtigen Auffassung, dass es sich bei dem Pferdepensionsvertrag um einen Verwahrungsvertrag handelt, ist ein Pfandrecht nicht gegeben. Dieses für den Verwahrer ungünstige Ergebnis kann er lösen, indem er ein Pfandrecht vertraglich vereinbart, wobei allerdings genau auf die Einhaltung der Grenzen zu achten ist, die sich daraus ergeben, dass es sich bei solchen Vereinbarungen dann um allgemeine Geschäftsbedingungen handelt.

¹² OLG Brandenburg, Urt. v. 28.06.2006 – 13 U 138/05 –.

¹³ OLG München, Urt. v. 18.02.1999 – 24 U 567/98 – RdL 2000, 27.

¹⁴ LG Detmold, Beschl. v. 28.03.2007 – 10 S 183/06 – RdL 2007, 162; AG Lemgo, Urt. v. 06.04.2006 – 18 C 385/05 –; AG Essen, Urt. v. 31.08.2007 – 20 C 229/06 – NZM 2008, 264.